

SCHULDKNECHT STATT WAHLRECHT

Die Perspektiven des China- Kommunismus für Europa



Vorlage aus dem Internet (google- Bilder)

„Die Arbeit wurde von der Kommune zugeteilt, die Arbeit unterstand dem Kommando von Truppführern, einen angemessenen Lohn erhielten die wenigsten Arbeiter. Parteisekretär Zhang Xianli erklärte in Macheng: „Da wir jetzt die Kommunen haben, gehört alles mit Ausnahme des Nachtopfes dem Kollektiv, sogar die Menschen.“ Ein einfacher Bauer namens Lin Shenqi verstand das so: „Man tut alles, was einem der Parteikader befiehlt“. Der Arbeitslohn wurde praktisch abgeschafft (...)

Manche Arbeiter wurden nie bezahlt (...) Einige Volkskommunen schafften das Geld überhaupt ab. Im Kreis Longchuan in der Provinz Guangdong erhielten die Bauern, die ihre Schweine verkauften, statt Bargeld Gutscheine. Die Menschen zogen es vor, ihre Tiere zu schlachten und selbst zu essen. Aber oft mussten die Dorfbewohner Kredit bei der Kommune aufnehmen, womit sie in eine Art Schuldknechtschaft gerieten.“ (Frank Dikötter: Maos großer Hunger S.92/93)

Die Gesellschaft als reibungslos funktionierendes Uhrwerk!

Die Kommunistische Partei als Uhrmacher ?



Die sogenannte Mao-Bibel, die nach der Kulturrevolution und der Bücherverbrennung von allen Büchern erst einmal als einziges übrig blieb.

Wann kommt die Merkel-Bibel?

Heute erst sind die Würfel gefallen, was das Thema der Broschüre anbelangt.

In den letzten Tagen hat sich bei Nachforschungen im Internet gezeigt, dass man das Schicksal Europas und Deutschlands sehr viel genauer an zeitgleichen Parallelentwicklungen in der globalen Welt und in den Vorgaben des Lissabonvertrags, der allmählich rabiät nach seiner Umsetzung verlangt, überdies an den beunruhigenden entsprechenden Aktivitäten des Herr Macron, der im Politischen die Zerstörungskraft eines Atomkraftwerkes oder eines Ätna an den Tag legt, ablesen kann, als in den chaotischen Gesprächen von menschlichen Krüppeln (Maschinen im Amt) zur Regierungsbildung.

Deshalb habe ich mich entschlossen, zwar beim Thema China zu bleiben, aber den Blick auf akute Gefahren und rasante Entwicklungen zu unseren Lasten zu lenken, die für die europäischen Insassen des 21. Jahrhunderts nicht weniger lebensbedrohlich sind, als es Maos großer Sprung für die chinesische Bevölkerung war.

In einem in etwa hundert Jahren erscheinenden Geschichtsbuch könnte zu lesen sein:

Zwischen 2018 und 2025 verwandelt sich Europa in eine Hölle auf Erden.



Maman und Macron: Rotgardisten im blauen Staatsgewand

Die Zahl 2025 würde dann nicht grundlos da stehen, da sie ein Datum markiert, das von den Chinesen, die weltweit mittlerweile den Ton angeben – und der pfeift uns abgehängten Europäern bei der zunehmend strammen Militarisierung Chinas und seines gesamten Staatswesens hin zum totalen Staat wie militärische Geschosse um die Ohren, an dem sie ihre Agenda 2025 umgesetzt haben wollen, zu der dann auch die modernste und fortschrittlichste Digitalisierung des Volkskörpers gehören wird, die auf der Welt zu finden sein wird.

Herr Martin Schulz will hinterherhechten und möchte, dass es zu diesem Zeitpunkt auch die EU passgenau zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ geworden sind, dem ergänzenden kommunistischen Westteil des Großreiches China, hinter dem sich das Volk Israel mit seinem Kriegsgott Mars verbirgt.

Zur gleichen Zeit nimmt sich der symbolischen Tragkraft und historischen Gravität halber Israel mit Hilfe eines projüdischen und prozionistischen amerikanischen Präsidenten, der ausschließlich zur Erfüllung dieser einen Aufgabe von allen jüdischen Internetriesen zusammen mitsamt den Geheimdiensten mittels dreister Manipulationen im Netz und an der Wählerseele an die Macht gebracht wurde, in Palästina einfach alles Gebiet, das es für seinen Staat als wichtig erachtet, und bekommt in diesen seinen völkerrechtswidrigen Handlungen Unterstützung von Europas Rassepferd Emanuel Macron und von der CSU, die angeblich in der Großen Koalition, vor der uns Gott, der richtige Schöpfergott der Welt, bewahren soll, künftig alle Ausländer aus Deutschland ausweisen will, die das Existenzrecht Israels bestreiten.

Man sieht: Israel ist Paris wie in München heilig.

Man muss meiner Meinung nach allerdings das Existenzrecht Israels bestreiten, und man kann gar nicht oft genug darauf hinweisen, dass die Landnahme 1947 schon völkerrechtswidrig war und sich daran nichts geändert hat.

Der zweite Übergriff auf West- und Ostjerusalem, der kurz bevorsteht und wohl nicht mehr verhindert werden kann, weil von wilder Gier gepackte Raubtiere wie Israel nicht mehr zu bremsen sind, wenn sie sich auf die Lauer gelegt haben und ein Objekt ihrer Begierde entdeckt, wäre genauso kriminell, denn das Völkerrecht verbietet auch, gewaltsam besetzte Gebiete zu annektieren.

Die Reichsbürger, die das Deutschland in den Grenzen vor dem Krieg von den Alliierten Jüdischen Beuterittern zurückwollen, werden als Spinner und Straftäter verunglimpft, Israel kann sich einfach nehmen, was es vor 3000 Jahren verloren hat. Wenn alle Völker das an Gebiet wieder wollten, was sie irgendwann einmal verloren haben, dann gäbe es keine moderne Welt.

Sind die Leute in der der deutschen, französischen und amerikanischen Regierung eigentlich noch bei Trost?

Da Israel außer faschistischen Straftaten und permanentem kriminellen Drang und Geldscheffeln keinerlei inhaltliche Ausrichtung hat, ist es gerade für es wichtig, dass mit der Gleichzeitigkeit der monumentalen bedeutenden weltverändernden Ereignisse mit annectieren von Westjerusalem eine Symbolkraft geschaffen wird, die die Inhalte und einen menschlichen Anspruch, den man bei Marsianern nicht erwarten kann, ersetzen muss.

Diese Marotte ist ähnlich geartet wie das Nine-Eleven-Syndrom.

Es ist eine Marotte für Vakuumisten, also für Verehrer des Nichts, für Nihilisten, für Nirvana-Anbeter.

Das Abtauchen der gesamten Welt in den radioaktiv strahlenden Kosmos des Maoismus wurde eingeleitet durch die Gründung des Staates Israel nach dem zweiten Weltkrieg:

Der Name Ben Gur-ion der neben Gold Meir dafür steht, hat das **Ion** nicht umsonst im Namen. Die radioaktive Reformation der Welt, indem die Doppelhelix der menschlichen Erbinformationen so verbrannt wird, dass Militärmaschinen, also **Mongolen**, dabei herauskommen, ist seitdem das einzige globale Projekt, dem alle anderen aus Israel mit Krieg Geld gesteuerten globalen Projekte dienen, z.B. die Massenmigration, aber auch die Verseuchung der Meere mit Radioaktivität und anderem hochgiftigem Müll.

Das steinerne Herz dieser Roboter-Welt, in der die Menschen aus Stahl und ohne Mitleid sind, ist Israel.



Die rote Seele des blauen Sterns

Der eigentliche Maßstab für den Fortschritt war jedoch der Stahl. Hier hatte man ein Material, das des Sozialismus würdig war: hart, schimmernd, industriell, modern, ein Symbol der Arbeiterklasse. Der Name „Stalin“ bedeutet der „Stählerne“. Dieser harte Mann schlägt die Feinde der Revolution in Stücke. Rauchend Fabrikschlote, surrende Werkzeugmaschinen, das heulen der Fabriksirenen, glühende Hochöfen. Das waren die Bilder der sozialistischen Moderne. Der Arbeiterpoet Alexei Gastew schrieb: „Wir wachsen aus Eisen“. Der Mensch verschmolz mit dem Metall zu einer Welt, in der die Maschine zum Menschen und der Mensch zur Maschine wurde. (ebenda, S.99)

Dieser Vorgang der Maschinisierung des Menschen geht auch durch einfach radioaktive Verbrennung der Erbinformationen. Das verursacht psychische und geistige Härte und Krebs und hat für die Eliten den weiteren Vorteil, dass es irreversibel ist.

Der neue Dauerbrenner und Brennmeister Macron – der Tod ist keineswegs nur ein Meister aus Deutschland - unterstützt außer dem Naziprojekt in Ostjerusalem auch völlig kritiklos den Ausbau der chinesischen Seidenstraße, die zur gnadenlosen ökonomischen und symbolischen Dominanz Chinas über Ost und West führen wird.

Wer China so eindimensional und blauäugig unterstützt wie er, will dessen politisches System, das nun schon hinreichend auf seine Unmenschlichkeit hin beschreiben und entlarvt ist. Wir sollten Macron also, wenn uns Deutschland und das freie Europa in der Tradition der Aufklärung und des modernen Staates, der die Grund- und Freiheitsrechte hoch hält, lieb sind, nicht unterstützen, wie es in Brüssel erwartet wird, sondern ihm so schnell wie möglich die Krallen stutzen.

Noch nie hat man erlebt, dass ein Nazistaat wie Israel und ein Piraten- und Kleptokratenstaat wie China so offensichtlich von allen Staaten der Welt bei ihren kriminellen Machenschaften und bei ihrer Ausbeutung aller Ressourcen und bei ihren Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht nur hemmungslos, sondern sogar pathetisch unterstützt werden.

Es gibt also plötzlich keine Bedenken mehr, Braun- und Rotfaschisten zur unumkehrbaren Weltherrschaft zu verhelfen.

Da China seit der Gründung der Volksrepublik und dem Ende des Kaiserreichs dasjenige Land mit dem größten Interesse daran ist, keinerlei systematische politische Veränderungen zuzulassen und am roten Hochglanz-Lack der Kommunistischen Partei keine Kratzer entstehen zu lassen, kann man sich vorstellen, dass das, was Pflock an geheimdienstlichen Eingriffen in Privat- und Intimsphäre in Merkel-Deutschland erlebt hat, gegen das, was die Chinesen erleben und noch erleben werden, ein Spaß ist und war.

Es soll hier auch noch einmal erwähnt werden, dass zu den ausländischen Nationen, die mich mit Nachstellungen, Unverschämtheiten, falschen Denunziationen beim Aufsichtspersonal und Bedrängen (Harrasing) durch bewusstes und aggressives Unterschreiten von üblichem körperlichen Abstand aus der Wirtschaftsbibliothek der Uni gemobbt haben, in erster Linie auch Chinesen gehört haben.

Ebenso legendär frech gegenüber den deutschen Gastgebern , wie sich Mao gegenüber Chruschtschow verhielt, der sein Gastgeber war und sich eher immer wohlwollend als enttäuschend gegenüber Mao gezeigt hatte, bis er die Nase von den Unverschämtheiten zu Recht voll hatte und es zum Bruch kam.

Das unglaublich bedrängende und unzivilisierte Verhalten der jungen Chinesen in der Uni hat mich an meinen Ex-Chef erinnert, der mir auf den Fersen durch den Supermarkt im gemeinsamen Wohnort Niederweimar gefolgt ist, um mich zu verunsichern und zu natürlichen Gegenreaktionen zu nötigen, die ihm erlauben, die Polizei zu seinem Schutz rufen zu lassen. Geschützt werden mussten natürlich nur seine kriminellen Machenschaften, wofür die Polizei, die von Israel bezahlt wird, ja da ist.

So eine Direktive nennt man in den Geheimregeln der Sekten, wie die Zeugen Jehovas welche sind, die sich diese zersetzenden Methoden von Scientology, den Geheimdiensten und den Judengemeinschaften in der Welt, die schon immer so funktionieren, abgucken haben: **alle Dynamiken, die sich bieten, ausnutzen**, also die natürliche Bedürfnisse und gesellschaftlichen Erwartungen eines zu eliminierenden Gegenübers alle mit gegenteiligem Benehmen bedienen und damit zutiefst frustrieren, um ihn zu ängstigen, an die Wand zu drücken und damit zu einer emotionalen Reaktion zu nötigen, die man für sich und gegen ihn benutzen kann und die in einer psychiatrisierten Welt, wo jedes echte Gefühl als Gefahr für das menschenverachtende und dem Mammon vergottende System angesehen wird und ausgerottet werden muss, tödlich sein kann, wenn sie psychiatrisch missbraucht wird, wie in meinem Fall seit fast 20 Jahren.

Europa muss jetzt nach der Vorstellung der jüdischen Eliten mit einem großen Sprung wie einst in China fit gemacht werden, damit es 2025 die gleichen ökonomischen und politischen und genetischen Standards und eine vergleichbare Währungsart hat, die im autoritären Kapitalismus Chinas aufgehen kann, denn nur dann ist der Austausch und die Freizügigkeit von Ganz im Westen nach Ganz im Osten, auch die Freizügigkeit von Menschen, Arbeit, Kapital und Dienstleistungen, reibungslos gewährleistet.

Die Freizügigkeit wird aber keine mehr sein, sondern die Mobilität innerhalb Eurasiens wird dann ein Muss, dem sich keiner entziehen kann, der auf Arbeit erpicht ist.

China und Europa werden bald eine einzige gemeinsame Währung haben und damit das gleiche politische System, das Kommunismus heißt.

Zwischen 2018 und 2025 verwandelt sich China in eine Hölle auf Erden. Mao Ze Dong, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, treib das Land in den Wahnsinn des Großen Sprungs nach vorn, mit dem er in weniger als 15 Jahren die Industrienation Großbritannien einholen wollte... Die Erkenntnisse, die wir aus diesen gewaltigen und detaillierten Dossiers (gemeint sind neuerdings geöffnete und zugängliche Archive) ziehen können, verändern unser Bild vom „Großen Sprung“ vollkommen. Beispielsweise mussten sich die Forscher zur Berechnung der Opferzahlen bisher auf die offiziellen Bevölkerungsstatistiken stützen, etwa auf die Volkszählungen der Jahr 1953, 1964 und 1982.

Die aus dies Daten abgeleiteten Schätzungen liegen zwischen 15 und 32 Millionen Toten über die normale Sterblichkeit hinaus(...)Analysen des Sicherheitsdienstes sowie die umfangreichen Geheimberichte (...) zeigen deutlich, dass diese Zahlen viel zu niedrig angesetzt sind und dass sich in Wirklichkeit eine Katastrophe viel größeren Ausmaßes ereignete: In diesem Buch werde ich zeigen, dass zwischen 1958 und 1963 mindestens 45 Millionen Menschen einen unnötigen Tod fanden. (Frank Dikötter, Maos großer Hunger S.13)

Mao hatte keine Probleme damit, den Tod von vielen Chinesen bei seinen riskanten Kampagnen einzuplanen. Der Zweck heiligte alle Mittel. Auch wenn Säuberungswellen durch das Land oder die Partei gingen, stieß er Todesquoten aus, die für Angst und Schrecken sorgten und stark disziplinierende Wirkung hatten. Er stellte Rechenspiele mit Bevölkerungszahlen an, so wie andere über die Anschaffung eines Tiergeheges oder Das Backen eines Kuchens nachdenken, räsionierte dabei auch über den dritten Weltkrieg, der – wenn er denn ausbräche - allen zeigen sollte, dass sich Chinas Gewicht in der Welt dank seines Genies verändert hatte.

Mit seinen Überlegungen, er sei der eigentliche große Anführer der kommunistischen Welt, brüskierte er Chruschtschow und Russland, die den Führungsanspruch Lenins und Stalins selbstverständlich weiterlebten und nach außen trugen:

Bei einem Staatsbankett, das in Moskau anlässlich des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution gegeben wurde, hielt Mao entgegen den protokollarische Vorgaben unverschämter Weise im Sitzen eine Rede, bei der er herausstrich, dass er Lenin, Stalin und dem Gastgeber überlegen sei.

Jedenfalls trat bei seinen unerhörten Ausführungen und dem provozierenden unverschämten Benehmen im Saal **Totenstille** ein, wie sich der jugoslawische Botschafter später erinnerte. (S.45)

Mao legte in poetischer Sprache nach. Was er sagte, sollte auch uns hier zu denken geben, wenn Chinas Führung, die durch das gewollte Versagen der Europäischen Kommission beim Wachen über die fairen Wettbewerbsbedingungen aller Marktteilnehmer des Europäischen Binnenmarktes groß und übermächtig geworden ist und zu unseren Lasten mit Wachstumsraten um 8- 13 % Millionen Chinesen aus der Armut geholt hat, während hier die Armut und der Staatszerfalle rasant voranschreiten, nicht mit tausend, sondern gleich mit mehreren Milliarden Säbeln rasselt und sich als den Anführer der Welt proklamiert.

Bedrohlicher für seine russischen Gastgeber war jedoch die Kernaussage von Maos Rede. „In der Welt wehen zwei Winde, ein Ostwind und ein Westwind. Die Chinesen sagen: Wenn der Ostwind nicht stärker ist als der Westwind, dann ist der Westwind stärker als der Ostwind. Ich denke, in der gegenwärtigen Weltlage ist entscheidend, dass der Ostwind stärker ist als der Westwind. Das bedeutet, dass die Kräfte des Sozialismus sehr viel stärker geworden sind als die Kräfte des Kapitalismus.“ (S.46)

Um zu dem den Europäern gestohlenen gigantischen ökonomischen Erfolg Chinas im 20. und 21. Jahrhundert zurückzukommen, der, ähnlich wie es im Kräfteverhältnis des Westwindes zum Ostwind von Mao gemeint ist, unseren kulturellen und wirtschaftlichen Untergang bedeutet:

Warum ist das Versagen der Europäischen Kommission gewollt? Weil, wie die ebenso absichtliche Fehlkonstruktion des Euro mehr als deutlich zeigt, Europa in einer ähnlichen „sozialistischen Flutwelle“ (Kampfbegriff Maos) von jeglichem Besitz bereinigt werden soll.

Die Politiker waschen indes ihre Hände in Unschuld: Die böse Währung, die angeblich außer Kontrolle geraten ist, ist schuld, während sie in Wirklichkeit ganz planmäßig nur macht, was sie soll, nämlich den Europäern ihren ganzen Besitz in mehreren Wellen, die sich in sogenannten Eurokrisen äußern und manifestieren, aus der Tasche ziehen.

Der Euro wird bei seiner weiteren Erosion alle Absicherungssysteme (Lebensversicherungen, Unfallversicherung, KfZ-Versicherung, das Gesundheitssystem und den Privatbesitz und viele viele Arbeitsplätze im Banken- sowie Versicherungswesen und im öffentlichen Dienst) zerstören. Die staatlichen Institutionen verkommen weiter, weil die Kaufkraft des Euro von Jahr zu Jahr mit steigender Inflation, die der Schuldenumverteilung in der Eurozone und den staatsunüblichen Ausgaben für Ausländermassen geschuldet ist, weiter sinken wird, bis das Geld gar nichts mehr wert ist wie in Maos Chinas und die Bevölkerung, wenigstens die, die alles brav mitmacht, in Volksküchen ernährt wird und mit Essen diszipliniert.

Meine Unfallversicherung ist innerhalb eines Jahres drei Mal so teuer geworden, die FAZ hat kürzlich im Wirtschaftsteil berichtet, dass KFZ –Versicherungen auch wegen der neuen strengen Abgasnormen bis zu fünf Mal so teuer werden können und müssen.

Wovon sollen ärmere Menschen dann noch leben?

Selbstmorde breiteten sich wie eine Epidemie aus. Auf jeden ermordeten Menschen kamen ungezählte, die auf die eine oder andere Art furchtbar litten. Manche entschlossen sich, ihrem Leben ein Ende zu machen. Oft war es weniger der Schmerz, der einen Menschen in den Selbstmord trieb, als vielmehr die Schande und die Erniedrigung vor den Augen der Nachbarn.

(..) In Fenxian (Shanghai) waren unter den 960 Menschen, die im Sommer 1958 getötet wurden, 95, die in einer ausweglosen Lage Selbstmord begangen hatten, die übrigen starben an nicht behandelten Krankheiten, Folter und Erschöpfung. Wir können grob schätzen, dass 3-6 Prozent aller vermeidbaren Todesfälle Selbstmorde waren, was bedeuten würde, dass sich im Verlauf des Großen Sprungs zwischen 1 und 3 Millionen Menschen das Leben nahmen. (S-394/395)

Waren die Frauen keinen sexuellen Aggressionen ausgesetzt, so mussten sie geschlechtsspezifische Erniedrigungen erdulden. Die Kollektivierung setzte die überkommenen moralischen Werte von sexueller Mäßigung und körperlicher Selbstbestimmung außer Kraft. In China fand eine Revolution statt, die moralischen Verhaltensregeln wurden auf den Kopf gestellt. Die Folge waren Perversionen, die vor 1949 undenkbar gewesen wären. In einer Fabrik im Kreis Wugang zwang ein Vorgesetzter die ihm unterstellten Frauen, nackt zu arbeiten. (...) Ähnlich brutal und entwürdigend waren die im ganze Land üblichen Nacktparaden: Frauen und manchmal auch Männer wurden gezwungen, vollkommen unbekleidet durch die Ortschaften zu marschieren. Im Kreis Suichang in der Provinz Zhejiang wurden Männer und Frauen, die des Mundraubes beschuldigt wurden, ausgezogen und nackt durch die Straßen gejagt. Eine 60-jährige Großmutter namens Zhou Moying wurde gezwungen, nackt an der Spitze einer Prozession zu gehen und einen Gong zu schlagen. (S.340/341)

Andere Dorfbewohner flehten vergeblich um Gnade für die Frau. Manche derart erniedrigte Frauen trauten sich aus Scham nicht mehr nach Hause. Die 24-jährige Zhu Renjiao wurde wegen eines geringfügigen Diebstahls nackt zur Schau gestellt. Da sie aus Scham den Leuten nicht mehr ins Gesicht schauen konnte, bat sie in ein anderes Dorf geschickt zu werden.

Als ihre Bitte abgelehnt wurde, beging sie Selbstmord. In einem anderen Dorf in Guangdong zogen die Milizen zwei junge Frauen aus, fesselten sie an einen Baum, richteten die Scheinwerfer auf die Geschlechtsteile der einen und malten der andern eine große Schildkröte (das Symbol des männlichen Geschlechtsorgans) auf den Körper, Beide Frauen brachten sich um (S.341)

Eines der erkläre Ziele der Kollektivierung war, die Frauen von den Fesseln des Patriarchats zu befreien.

Frau Merkels neues Prostituiertengesetz, das Januar in Kraft getreten ist, ist angeblich in ähnlich guter Absicht entstanden, nämlich Frauen, die der Prostitution nachgehen, vor Gewalt und Krankheiten zu schützen. Herausgekommen ist allerdings etwas Ähnliches wie bei der Befreiung der chinesischen Frauen vom Patriarchat: die Betroffenen müssen stets zur Kontrolle und zur logistischen Rücksprache auf die örtliche Behörden, sind den Blicken der Beamten und der Mitbevölkerung ausgesetzt und müssen stets zur Gesundheitskontrolle und zur Beratung.

Das ist zusätzlich zu der Gewalt, die sie durch Männer erfahren und die durch das Gesetz um keinen Grad gemindert wird, systematische Gewalt, Gängelung, Stigmatisierung und staatlicher Voyeurismus, in dem Merkel sowieso groß ist, auch bei ganz normalen Bürgern. Der Geheimdienst kennt meine Vagina und den Zustand der Mamma sicher besser als meine Gynäkologin.

Außer müssen die Prostituierten die Männer gemäß der abstrusen Gesetzgebung Merkels zwingen, Kondome zu benutzen. Das wird bei einer notgeilen Klientel, die nicht lange fackelt und für die Erektion richtigen Stallgeruch braucht, klappen?

Außerdem verursacht das Gesetz den ausgebluteten Kommunen, die ohnehin wegen der Vernachlässigung und dem Missbrauch des Asylrechts auf Kosten der Kommunen aus Brüssel am Boden liegen, große Kosten.

An dieser Gesetzgebung ist nichts human, sondern sie ist ähnlich pervers, wenn auch auf subtilere Art, wie die Befreiung der chinesischen Frauen vom Patriarchat.

Psychische Störungen waren weit verbreitet, was zweifellos daran lag, dass der Staat die Menschen unbarmherzig ausbeutete. Dazu kamen traumatische Verluste. Schmerz und Trauer trieben viele ausgehungerte Menschen in den Wahnsinn (...) Im Mai 1960 wurde an einer Mittelschule im Kreis Rui'an ein kurioser Fall von Massenhysterie beobachtet: Ein Drittel der rund 600 Schüler fingen ohne erkennbaren Grund an, hemmungslos zu weinen und zu lachen. Ähnliche Vorfälle wurden aus Sichuan gemeldet, wo Hunderte Dorfbewohner in verschiedenen Kreisen außer sich gerieten, sinnlose Worte stammelten.

Als ich nach meiner Freisetzung aus dem Dienst ständig vor der Polizei, irgendwelchen Betreuungsrichtern und Psychiatern weglaufen musste und in der ständigen Gefahr schwebte, für immer in der Psychiatrie zu landen, stand ich so unter Druck und Angst, dass ich manchmal einfach so wie verrückt anfangen zu lachen. Das dauerte bisweilen stundenlang. Ich vergoss dabei all die Tränen der Wut und der Enttäuschung, die ich nicht weinen wollte und war hinterher total entspannt.

Direkt unter der Oberfläche der offiziellen Propaganda erstreckte sich eine Schattenwelt der Gerüchte. Sie stellten die Welt auf den Kopf und schufen eine abweichende Version der Wahrheit, die der vom Staat zensierten Information widersprach. Die Menschen hörten die Gerüchte, versuchten sich ein Bild von der Wirklichkeit zu machen und warteten auf ein Ende des Kollektivierungswahnsinn. Die Gerüchte weckten Zweifel an der Legitimation der Herrschaft der kommunistischen Partei und diskreditierten die Volkskommunen. In Wuhan machte das Gerücht die Runde, in den Kommunen müssten auch die Ehefrauen geteilt werden.

Die Gerüchte weckten den Widerstand gegen den Staat (...) auf dem Höhepunkt der Hungersnot machte in Jiang'an in der Provinz Sichuan eine Nachricht die Runde, die den Bauern Hoffnung gab. „Mao ist tot. Das Land wird dem Volk zurückgegeben.



Wenn er die Stimmung so richtig aufgeheizt hatte und alle gesellschaftlichen Gruppierungen wegen seiner martialischen Spaltkampagnen gegen einander im tödlichen Clinch lagen, tauchte Mao gerne ab, um sich derweil auszuruhen.

Im Jahr 1966 tauchte er bei einer solchen Gelegenheit urplötzlich wieder auf und durchschwamm, um seinen blühenden Gesundheitszustand zu demonstrieren und wild wuchernd Gerüchte aus der Welt zu schaffen, den Yangzi.

Auch Merkel geht nie unter, obwohl jeden Tag ein neuer riesiger Skandal ihrer Regierungsweise aufgedeckt wird. Die SPD hält treu zu der Hitlerimitatorin, hat bei jedem Skandal mehr Vertrauen gefasst zu der Frau, die in Marburg ein Jahrzehnt als Schutzherrin der Judengemeinde deren Kinderpornographie und rituellen Missbrauchsriten gedeckt hat.

(..) so brach Panik aus, als sich die Nachricht verbreitete, die Bezugsscheine für bestimmte Güter würden ihre Gültigkeit verlieren.

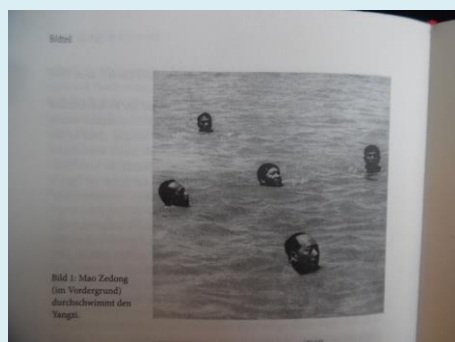
(..)

Gerüchte über Kriege und unmittelbar bevorstehende Invasionen versetzten ganze Gemeinschaften in Schrecken und verkehrten die Parteipropaganda in ihr Gegenteil. Die Angst wiederum förderte den Zusammenhalt: Apokalyptische Vorstellungen schweißten die unzufriedenen Landbevölkerung zusammen (...)

Die Gerüchte widerlegten die verbreitete Annahme, die Bauern lebten in abgelegenen Dörfern ein zurückgezogenes Leben, denn die Nachrichten verbreiteten sich wie Lauffeuer, sprangen von einem Kreis zum anderen und rasten in kürzester Zeit über ganze Provinzen hinweg. Innerhalb weniger Tage hatten sie Hunan erreicht. (S.292/293)

Kleines Nachwort zwischendurch

Ich muss mich sehr zurückhalten, keine weiteren Szenen aus dem Buch auszuwählen, dazu etwas zu malen und die Texte hier einzufügen, aber meine Aufgabe und mein Anliegen ist es nicht, das Buch auszuweiden, sondern strukturelle und politische Parallelen zu uns in Europa heute aufzuzeigen und fast schon flehentlich darum zu bitten, dass wir alle helfen, dass solche Zustände hier nicht einkehren, wenn China mit Hilfe von Macron und Maman die Macht in der Welt ergreift und seinen Kopf politisch durchsetzt.



Realitätsnachweis, Frank Dikötter Maos verlorene Kinder , Bildteil

Karola Pflock

Bundesregierung
Unter den Linden
Berlin

Marburg, den 02.01.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

mag sein, dass die Gesetze der Merkelregierung nicht durchdacht, sondern emotional-gutmenschartig im Sturm der Gefühle für Flüchtlinge entstehen, die in ihren Ländern nicht selten aus religiösem Fanatismus gemordet haben, oder für die Opfer von Fukushima, die ihr näher sind als die amtlich wegen der ihnen vom Staat nicht gegönnten Leistungen oft verfolgt und in jungen Jahren liquidierten Hartz-IV -Empfänger, sodass sie von der Justiz, die ja irgendwie klar kommen muss, nicht angewendet werden können und dort nach gangbaren Auswegen aus den Gefühlsduseleien gesucht werden muss.

Die Flüchtlingsgefühligkeit hat 2015 zur Flüchtlingskatastrophe geführt, die ganz Deutschland auf allen erdenklichen Ebenen ausbaden muss, noch jahrzehntelang, die Fukushima-Hysterie-Aktion mit fernseismographischen Anteilen am Leide der Japaner, die Deutschland viel Geld kostet und Mieter wegen der ständig steigenden Stromkosten ruiniert und zu Obdachlosen macht, weil neben dem Installieren neuer Energieformen- und quellen auch noch die Atomkonzerne wegen des hochkanzlerischen Vertragsbruchs entschädigt werden müssen und Kosten wegen des Rückbaus der Atommeiler entstehen.

Gereut hat Merkel ihr Tun nie, weil es ja tief aus dem Herzen kommt, und das ist ein wirklich weiter Weg, der in ihrem Fall aus der Inneren Mongolei geschädigter Erbgesundheit kommt.

Sie würde es immer wieder so tun, wird die Hochherzige nicht müde, uns dämlichen Untermenschen, die vom Hofleben einer Dame keine Ahnung haben, klar zu machen.

So obstinat und unbelehrbar sehen allerdings Profile von Straftätern aus, die zu wenig Selbstdisziplin haben, um sich zu ändern und um sich zu kontrollieren.

Sie werden halt wieder straffällig.

Es ist vielleicht wegen der grundgesetzlichen Ordnung im Staat aber doch besser, sich ans Gesetz zu halten, wenn man nicht den ganzen Betrieb zum Kollabieren und ein ganzes Land, das vor Merkels Regentschaft als stabil und wohlhabend galt, in große Not stürzen will.

Niemand ist wegen der selbstsüchtigen Entscheidungen der Frau Merkel, die immer ihr Herzulein, niemals aber das Gesetz befragt, vor irgendetwas sicher, alles steht in Frage, keine Gewissheit gilt mehr, weil alles Geld und alle Zuwendung in die zweifelhaften Neue fließen, die im 19. und 20 Jahrhundert als die natürlichen Feinde des christlichen Abendlandes galten, nämlich Kommunisten (Russland, China) und Muslime.

Die kommen jetzt nach jahrhundertelangem gegenseitigem Bekriegen alle, um friedlich mit uns zu leben, was schon deswegen nicht geht, weil sie das auf unsere Kosten tun, und zwar nicht zu knapp.

Warum soll ich Muslima als Lehrerinnen dulden, wenn ich meinen Platz für sie räumen musste? Damit Deutschland muslimisch verdummen kann und wie der Nahe Osten in fanatischen Religionskriegen versinkt?

Damit die zunehmende Christenverfolgung leichter fällt und nicht so viel Geld kostet, weil sie dank Merkel im Zentrum der Christenheit Europa auf deren eigene Kosten stattfindet?

Sollen ich und die anderen Aussortierten in Sachen Masochismus erzogen werden, damit der stetig wachsende Staatssadismus auf empfängliche Adressaten trifft, die ihre täglichen Prügel von Mutti lustvoll einstecken?

Es ist schon auch etwas Wahres daran, wenn Juden feststellen, dass Muslime keine Nobelpreisträger werden, weil die Religion die Hauptsache ist und andere Bereiche des Lebens vernachlässigt werden.

Das Niveau, auf dem in mittlerweile vom dreisten Ausland sprachlich wie logistisch dominierten Schulen das Fach Deutsch und die Sprache der Denker und Dichter betrieben wird, ist für ein Land, das sich auf Goethe beruft und auf ihm und sein Leistungen gerne ausruht, beschämend.

Wer wie die SPD, über eine Leitkultur nachdenkt, zeigt am deutlichsten, dass er überhaupt keine Kultur mehr hat.

Wer Kultur hat, kommt nicht auf die Idee, sie jeder anrückenden Armee von asyl- und missionierwilligen Ausländern preiszugeben, sondern er kämpft gegen die Eindringlinge und lässt sie nicht freiwillig herein.

Der Euro, der größte Freibeuter unter den Systemfremden, wird, obwohl er als bewusst konzipierte Enteignungswährung und Katalysator beim Umbaus Europas zu einer kommunistischen Diktatur gar nicht gerettet werden kann, so lange vom „Engel der Armen“ in Berlin gerettet, bis wir hier kein Eigentum mehr haben.

Die Flüchtlinge werden mitsamt ihrer religiösen Überspanntheit und sozialen Intoleranz für liberale Lebensweisen so lange gerettet und gegen unseren Willen an unseren Busen gedrückt, bis es keine Deutschen mehr gibt, weil die liebenswerten „Schätze des Ostens“ die darunter liegenden Herzen ausgeweidet und aufgefressen haben, durch deren Liebe sie doch freie Bürger werden sollten.

Frau Merkel hat Mitleid mit allen Völkern der Welt, besonders nach vermeidbaren Katastrophen wie auf Ansage havarierte Atomkraftwerke, nur nicht mit dem Deutschen, das durch Masseneinwanderung und eine schwachsinnige Regierung, die von Tuten und Blasen keine Ahnung hat, atomisiert wird. Auf längere Sicht auch wirtschaftlich.

Wie hatte ich angefangen, ach ja, die inkompetente Gesetzgebung der Frau Merkel:

Bei längerem intensiven Hinsehen auf Merkel Gesetzesschmiede, die sie dem rußgeschwärzten Gott Vulkan überlassen zu haben scheint, und ich schaue jetzt aus reinem Überlebenstrieb heraus schon ein Jahrzehnt, nämlich seit meiner gewaltsamen und menschenunwürdigen Freisetzung aus dem Schuldienst mittels amtlich brauner Nazimethoden fern des Rechtes sehr genau hin, zeigen sich ganz andere Probleme, die eher am Charakter, der psychischen und geistigen Gesundheit, der politischen Aufrichtigkeit und dem Wohlwollen des Merkelkabinetts zweifeln lassen als den Verdacht der Inkompetenz erhärten.

Frau Merkels Dummheit ist aufgesetzt und gewollt und eine Waffe, die sie gegen das eigene Volk und Kritiker ihrer Politik einsetzt. Denn bekanntermaßen ist gegen Dummheit kein Kraut gewachsen. Gegen eingefleischte Dummheit kommt man nicht an, und sei sie noch so aufgesetzt.

Die Handlungsweisen der Richter und Staatsanwälte hinsichtlich des angestrebten Erfolgs der strafrechtlichen Belastung einer unschuldigen Person sind so gerissen und außerhalb der Prozessordnung angesiedelt, dass sie das Rechtssystem, und damit meine ich den Rechtsstaat, der der Wahrheit auf den Grund gehen muss und darum die Richter und Staatsanwälte zur genauen Amtsaufklärung aller Sachverhalte und zur Berücksichtigung aller bekannten juristischen Tatsachen verpflichtet, auf den Kopf stellen.

Sie, also die Bundesregierung, dulden, dass geltendes Recht, das ohnehin durch stümperhaftes ständiges Friemeln an den empfindlichen Zahnrädchen der Rechtssystematik gemäß GG seit Jahren immer fragwürdiger wird, zumal nach den 13 Grundgesetzänderungen im Sommer (Hitler-Weg zur Macht 33), und die Sau das Grausen lehren kann, von Behörden beliebig abgeändert wird, sodass jenseits *legibus scriptis* (geschriebenes Gesetz) eine Good-Will bzw. Bad-Will-Justiz entsteht, die man auch mit dem Titel *Gesinnungsjustiz* nicht falsch bezeichnet.

Ihre Justiz ist politisch und verschlagener als die des Herrn Wladimir Putin, Frau Merkel.

Die Behörden in Deutschland machen sich ihre Gesetz selbst, und zwar immer passend zur jeweiligen Intention, die etwa darin bestehen kann, Geld für die leere Staatskasse aus möglichst vielen Bürgern zu quetschen, ihn und seine Meinung aus dem Verkehr zu ziehen oder ihn der öffentlichen Häme und der sozialen Degradierung und Ausgrenzung als Freiwild preiszugeben.

Im Grundgesetz steht aber nichts darüber, dass Behörden sich selbst ihre Gesetze geben, sondern sie haben die Bundes- bzw. Landesgesetzgebung zu befolgen

Ich nenne Ihnen jetzt mehrere Beispiele aus den Jahren 2014-17, die sehr deutlich zeigen, wie wenig sich Frau Merkel dafür interessiert, wenn unbescholtene Bürger von Behörden systematisch fertig gemacht und unverschuldet von ihnen in eine Teufelsspirale von Armut, Wohnungslosigkeit, Ächtung und allgemeine Chancenlosigkeit gedrängt werden, die alle in der Summe letztlich auf den physischen Tod des Opfers hinzielen.

Sie interessiert sich nicht nur nicht dafür, sondern es wird von ihr stillschweigend geduldet und gut geheißt wenn nicht gar angeordnet, sodass die Ämter sich zu systematischem Unrecht aufgefordert fühlen.

Beispiel I:

Wenn – wie in meinem Fall - missgünstige und gierige Vermieter den treuen und niemals säumigen Mieter mit Polizeigewalt ohne Gerichtsbeschluss aus der Wohnung setzen lassen, die er nicht einmal mehr betreten darf, um seine persönlichen Sachen zu holen, und wenn die einzig mögliche Stelle in der Stadt, zu der er Zuflucht nehmen kann, ihn dann dazu zwingt, den Wohnsitz abzumelden, damit er drei Nächte in einem extrem schmutzigen Zimmer schlafen darf, von denen dann, wenn das Ziel der Abmeldung und der daraus erfolgenden rechtswidrigen und drastischen steuerlichen Schlechterstellung erreicht ist, nur eine gewährt wird, dann nimmt sich das Ordnungsamt, ohne dass irgendetwas Steuerrelevantes oder Statusrelevantes passiert wäre, das Recht heraus, der Gehalts- und Bezügestelle den Zugang auf die persönlichen Daten zu sperren und 600 Euro der Pension direkt ans Finanzamt zu überweisen?

Der Kontakt von Bezügestelle und Finanzamt zum raschen Umleiten des Geldflusses, damit er den Asylbewerbern etwa zu Gute kommen kann, muss ja auch hervorragend und völlig reibungslos geklappt haben, warum kann man mir dann nicht an die von mir hinterlegte Adresse der Diakonie schreiben und meine Pension einfach auf das bisherige Konto überweisen, das ja von der illegalen Zwangsräumung meiner Wohnung nicht betroffen war, oder mich zumindest informieren.

Hoffentlich bringe ich Sie jetzt mit meinen genauen Ausführungen und fundierten Beschwerden nicht noch auf die nächste perverse menschenverachtende Idee, dass Sie ihren Opfern dann künftig des sauberen Schnittes halber auch noch das Konto bzw. das Recht auf ein Konto nehmen müssen.

Frau Merkel eliminiert auf diese Weise ihre Gegner im System und lässt sie auf allen Ebenen ausbluten, ohne dass ihnen irgendeine Zuflucht bleibt.

Die im neuen Berliner Lynch-Recht, das in ungeschriebenen Gesetzen sein Unwesen treibt, kundigen jüdischen Vermieter treiben einen also in die Arme von Sozialamt, Ordnungsamt und Diakonie, die dem Finanzamt und dem gierigen Staate in einer gut durch Gewohnheit eingeschliffenen gemeinsamen Anstrengung einen großen Dienst erweisen und den ohnehin schwer geschädigten und um Beruf, Führerschein und Erbe gebrachten Obdachlosen tief in die Tasche zu greifen und genau das Geld herauszufischen, das er jetzt dringend bräuchte, um sich in etwa in eine bescheidene Pension einzumieten?

Geht es eigentlich noch schweinisher?

Oder weiß die abgehobene und der Realität entrückte Frau Merkel nicht, dass ein Pensionszimmer täglich etwa um die 30 Euro kostet? Kann Sie vielleicht auch wie die vielen Kinder in Deutschland nicht ausrechnen, dass 30 mal 30 Euro 900 Euro ergeben, was für jemanden, dem man aus Willkür und Bösartigkeit nur noch 1000 Euro überweist, von denen 350 für die Prämie der privaten Krankenkasse abgehen und dann noch 100 wie für die Speicherboxx, in denen ich meine Möbel unterstellen musste, eine weitere Katastrophe ist.

600 Euro hatte ich Schulden bei der Bank machen müsse, um den plötzlich und unerwartet anstehenden Umzug meiner Möbel in die Speicherboxx Gießen irgendwie zu stemmen.

Ich habe, als sich nach einem halben Jahr Drama ohne irgendwelche Auskünfte, in das sich geschickt der Regierungspräsident Kassel eingemischt hat, um es heimtückisch mit einem doppelbödigen Anfragebogen zu meiner angeblichen Wohnungslosigkeit zu verschlimmern, und mir scheinheilig und sich dabei hysterisch als den von mir Geprellten darstellend nicht mehr glauben mochte, dass ich überhaupt noch lebe, auf dem Finanzamt nach der Gesetzesgrundlage für den tiefen Griff in mein Portmonee gefragt und der Finanzbeamte hat tatsächlich trotz größter Anstrengungen beim Googeln keine gefunden.

Auch seine Bücher gaben in der Frage nichts her. Es gab also keine.

(vom RP wurde eine Lebendbescheinigung von mir eingefordert, auf der das Ordnungsamt, das mich in die Falle gelockt hatte, gleichzeitig im Kleinstgedruckten bescheinigen sollte, dass ich wohnungslos bin, was zu dem Zeitpunkt schon längst nicht mehr der Fall war, weil ich für 600 Euro im Monat erst einmal in einem Asylantenheim im Stadtwald untergekommen war: Ziel der höchstbehördliche Aktion: Illegal und mit schäbigen Trickereien weiterhin 600 Euro monatlich von meiner Pension einzuziehen und mich tiefer in den Abgrund zu treiben)

Der Bestätigungsbogen für das Ordnungsamt, dem man mir schickte, ließ wegen seines großen Umfangs und der vielen eingebauten Fallen darauf schließen, dass der RP ganz systematisch und auch schon über länger Zeit solche Fälle wie mich loszuwerden versucht und missliebige Beamte einfach aus dem System kickt, damit sie den Staat nichts mehr kosten.

Das ist dann wohl die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Beamten, wie sie in Merkel-Deutschland verstanden wird, wo man auf den Ämtern von Menschlichkeit und Gesetzestreue nichts versteht und den Staatshaushalt mit dem Brecheisen und langsamem dosierten Mord saniert.

Beispiel II:

Obwohl ich nach sieben Jahren extrem belastenden Verfahrens in den gerichtlichen Auseinandersetzungen Tritschler/Pflock incl. illegalen Zwangsunterbringungen, wiederholten Zwangsvorfürungen und willkürlichen Verhaftungen, in denen es um angebliches Stalking meinerseits gegenüber dem ehemalige Dienstvorgesetzten, der mich mit Lügen aus der Schule und dem Dienstverhältnis gemobbt hatte, ging, in der abschließenden mündlichen Verhandlung von Schuld freigesprochen werden konnte und der Mann seine Vorwürfe von versuchter Körperverletzung mit dem Auto als Waffe nicht nur nicht beweisen konnte, sondern erhebliche Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit aufgeworfen hat, sprach mich der vorsitzende Richter wohl mit heimtückischem Vorsatz nicht wegen „nicht erwiesener Schuld“ frei, was das Resultat der Verhandlung gewesen wäre, sondern wegen „Schuldunfähigkeit“, wodurch er mich noch tiefer in die Mühlen der gierigen und auf Organspende erpichten Psychiater der Vitos- Kliniken gestoßen hat, als das schon vorher der Fall war.

In der mündlichen Verhandlung wurde mir zugesichert, und die Oberhessische Presse hat es am nächsten Tag berichtet, dass ich meinen Führerschein wiederbekomme. Mir wurde sogar für jeden Tag der drei Jahre, an dem ich nicht fahren konnte, ein Schadensersatz zugebilligt.

Mein Pflichtverteidiger gratulierte mir und sagte, ich bräuchte nur noch ein neues Bild, damit ich den neuen EU-Führerschein erhalte. Der alte Führerschein war nämlich während der Verfahren im allgemeinen Chaos und der riesigen Zerstörung, das die Dienstenthebung in meinem Leben hinterlassen hatte, unter vielem anderen verloren gegangen.

Das Landratsamt allerdings hat den Führerschein nicht herausgegeben und die Landrätin hat obendrein noch versucht, mich um hunderte Euro zu erleichtern, indem sie mich in neue psychiatrische Begutachtungen zerren wollte, die mit dem höchstrichterlichen Spruch, dass ich meinen Führerschein wieder bekomme, obsolet waren.

Aber in Merkel-Deutschland hat natürlich der kleinste, dümmste und griesgrämigste Beamte im System die größte Macht, damit er den größtmöglichen persönlichen Schaden anrichten kann. Mehr Macht als der akademisch in den Rechtswissenschaften ausgebildete Richter.

Beispiel III:

Jeder Insasse und Glaubenteilnehmer wider Willen aus Ihrer konspirativ arbeitenden jüdischen Strafkolonie für unbelehrbare Christen in Marburg kann in der gewohnten Hysterie des angeblich zum Opfer gewordenen Juden zu Gericht laufen, mich - ohne seinen Namen öffentlich machen zu müssen - irgendeiner lächerlichen oder auch schweren Straftat beschuldigen und bekommt vom generösen Staatsanwalt, der selbstverständlich der gleichen kriminellen Glaubensgemeinschaft angehört, die Macht, mein amtliches Führungszeugnis und damit meine Zukunft zu beeinflussen, was in den meisten Fällen „Zukunft in Kontinuität weiter zerstören“ heißt.

Ich kann dann, weil ich überhaupt keine Chance hatte, zu den gesetzlich in S t P O und StGB festgelegten Rechtsmitteln zu greifen, wenn das Bundesamt dann in seiner informellen Großzügigkeit mich über weitere Eintragungen von Straftaten in mein Führungszeugnis benachrichtigt und mir gleichzeitig mitteilt, dass das jeweilige Verfahren wegen Schuldunfähigkeit, also wegen erwiesener Geisteskrankheit, vom Staatsanwalt eingestellt wurde eigentlich nichts mehr tun, als mich aufzuregen.

Das ist so infam, dass es mir immer wieder die Sprache verschlägt, und ***Immerwieder*** kommt in letzter Zeit sehr häufig vor, sodass ich mutmaße, dass Frau Merkel im Hintergrund heimlich an einem Gesetz bastelt, dass bei sieben solcher Einträge für Sicherungsverwahrung sorgt und Streichen der Beamtenbezüge (Pension)

Jeder Angeklagte hatte bis zum Jahre 2016 (Datum des letzten erfolglosen Prozesses des AG Marburg gegen mich) in Deutschland immer das Recht, sich zu Vorwürfen zu äußern und eine Stellungnahme abzugeben und sich einen Anwalt zu nehmen, um sich gegen den Scheißdreck aus kranken Gehirnen zu wehren.

Sie kommen mir vor wie der große Mao-Tse Tung in China, der ganz allein das Gesetz war und von dem alle wussten, dass es sich jeden Tag ins Gegenteil wandeln konnte, wenn es dem Machterhalt des Führers nützte.

Ich fordere, da wir angeblich einen Rechtsstaat haben, rechtsstattliche Abhilfe bei diesen faschistischen Praktiken von Ihnen ein. Wenn Sie keine Abhilfe schaffen, gehe ich davon aus, dass wir keinen Rechtsstaat mehr haben.

Bitte sorgen Sie dafür:

- 1) dass Behörden nicht mehr wie mit Freiwild mit mir verfahren, um mir auf möglichst vielen Ebenen zu schaden.
- 2.) dass ich umgehend und ohne weitere Kosten gemäß der mündlichen Verhandlung meinen Führerschein wiederbekomme. Sorgen Sie dafür, dass ich entsprechende Post vom Landratsamt/Führerscheinstelle bekomme, und zwar umgehend.
- 3) dass alle ohne Verhandlung zustande gekommenen Nazi-Strafurteile im Bundesamt für Justiz getilgt werden.
- 4) dass die Polizei aufhört, mir im Auftrag der auf Tötungskurs befindlichen Juden von Marburg nachzustellen und mich sogar an Weihnachten noch zu verleumden und zu schikanieren und mir zwecks Eingriff in meine Freiheit (Platzverweis) die Straftraten anzulasten, die die anderen an mir begangen haben.

Es ging an Weihnachten 2017 in jedem Fall darum, dass ich mit Hilfe der Polizei von dem Platz vertreiben werde, wo ich Bilder malte und Texte schrieb.

Es wäre mir, weil ich am Leben und an meiner Gesundheit hänge, auch lieb, wenn Sie dafür sorgen, dass nicht alle Dinge im Supermarkt, die ich mit Vorliebe kaufe, postwendend radioaktiv so belastet werden, dass ich massive Gesundheitsprobleme bekomme und mich ernährungstechnisch völlig umorientieren muss. Dazu müssten Sie vielleicht Herrn Putin auf seine kriminellen Finger hauen.

Außerdem müssten die Hausverbote aufhören, die ich bekommen habe, weil die Ladenbesitzer und Verkäufer sich mir gegenüber nicht korrekt benommen haben, damit ich aus ihrem Laden verschwinden, der wie alle Supermärkte viel zu verbergen hat.

In Sachen „Abschaffung der Bundesländer und ihrer Eigenstaatlichkeit“ durch 13 Grundgesetzänderungen am 01.06.2017

Sehr geehrte Frau Merkel, ich habe auch versucht, im Bundesgesetzblatt die 13 Grundgesetzänderungen vom 01.06.2017 zu finden, die die Eigenstaatlichkeit der Bundesländern und damit das Recht der Bürger auf Landtagswahlen abgeschafft haben und damit den Weg Hitlers zur Macht (Gleichschaltung, Zentralisierung) in einer anderen Variante über die Zentralisierung der Finanzen nachvollzogen.

Die Gesetze sind nicht zu finden, sodass ich bei Ihrer verschlagen und heimtückischen Art des Regierens gegen das Volk und seine Interessen, aber mit seinem ganzen Geld, das sie großzügig und unter Vernachlässigung ihrer eigentlichen Aufgabe der guten Staatsorganisation an Ausländer verteilen, davon ausgehen muss, dass sie momentan wegen der Sondierungsgespräche und dem großen Schuldanteil der SPD am Zustandekommen nicht vorzeigbar sind, oder dass die Öffentlichkeit nicht merken soll, dass Herr Steinmeyer sie als angeblicher Demokrat anstandslos unterschrieben hat und dass der Bundesrat als Organ der Gewaltenteilung nicht verhindernd eingeschritten ist.

Wenn die Gesetze dann irgendwann plötzlich öffentlich werden und gelten, ich nehme an nach ihrer Kanzlerinnenwahl, dann hat mit der Autonomie in Finanzen jedes Bundesland auch das Recht verloren, den Bundesrat zu bilden. Sie haben sozusagen auch den Bundesrat als weiteres gewähltes Organ der Gewaltenteilung abgeschafft.

Damit gelten auch Artikel 28, 30 und 50 -53 a nicht mehr.

II. Der Bund und die Länder

Artikel 20

[Verfassungsgrundsätze – Widerstandsrecht]

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Artikel 28

[Landesverfassungen – Selbstverwaltung der Gemeinden]

(1) Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen. In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muss das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. Bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, nach Maßgabe von Recht der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar.

In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten.

(2) Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.

(3) Der Bund gewährleistet, dass die verfassungsmäßige Ordnung der Länder den Grundrechten und den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 entspricht.

Artikel 30

[Hoheitsrechte der Länder]

Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt.

IV. Der Bundesrat

Artikel 50

[Aufgabe]

Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit.

Artikel 51

[Zusammensetzung – Stimmgewicht]

(1) Der Bundesrat besteht aus Mitgliedern der Regierungen der Länder, die sie bestellen und abberufen. Sie können durch andere Mitglieder ihrer Regierungen vertreten werden.

(2) Jedes Land hat mindestens drei Stimmen. Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohnern haben vier, Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohnern fünf, Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohnern sechs Stimmen.

(3) Jedes Land kann so viele Mitglieder entsenden, wie es Stimmen hat.

Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich und nur durch anwesende Mitglieder oder deren Vertreter abgegeben werden.

Artikel 52

[Präsident – Beschlüsse – Geschäftsordnung]

- (1) Der Bundesrat wählt seinen Präsidenten auf ein Jahr.
- (2) Der Präsident beruft den Bundesrat ein. Er hat ihn einzuberufen, wenn die Vertreter von mindestens zwei Ländern oder die Bundesregierung es verlangen.
- (3) Der Bundesrat fasst seine Beschlüsse mit mindestens der Mehrheit seiner Stimmen. Er gibt sich eine Geschäftsordnung. Er verhandelt öffentlich. Die Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden.
- (3a) Für Angelegenheiten der Europäischen Union kann der Bundesrat eine Europakammer bilden, deren Beschlüsse als Beschlüsse des Bundesrates gelten; die Anzahl der einheitlich abzugebenden Stimmen der Länder bestimmt sich nach Artikel 51 Abs. 2.
- (4) Den Ausschüssen des Bundesrates können andere Mitglieder oder Beauftragte der Regierungen der Länder angehören.

Artikel 53

[Teilnahme der Mitglieder der Bundesregierung]

Die Mitglieder der Bundesregierung haben das Recht und auf Verlangen die Pflicht, an den Verhandlungen des Bundesrates und seiner Ausschüsse teilzunehmen. Sie müssen jederzeit gehört werden. Der Bundesrat ist von der Bundesregierung über die Führung der Geschäfte auf dem Laufenden zu halten.

IV a. Gemeinsamer Ausschuss

Artikel 53 a

[Zusammensetzung – Geschäftsordnung]

- (1) Der Gemeinsame Ausschuss besteht zu zwei Dritteln aus Abgeordneten des Bundestages, zu einem Drittel aus Mitgliedern des Bundesrates. Die Abgeordneten werden vom Bundestage entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen bestimmt; sie dürfen nicht der Bundesregierung angehören. Jedes Land wird durch ein von ihm bestelltes Mitglied des Bundesrates vertreten; diese Mitglieder sind nicht an Weisungen gebunden. Die Bildung des Gemeinsamen Ausschusses und sein Verfahren werden durch eine Geschäftsordnung geregelt, die vom Bundestage zu beschließen ist und der Zustimmung des Bundesrates bedarf.
- (2) Die Bundesregierung hat den Gemeinsamen Ausschuss über ihre Planungen für den Verteidigungsfall zu unterrichten. Die Rechte des Bundestages und seiner Ausschüsse nach Artikel 43 Abs. 1 bleiben unberührt.

36

V.

Der Bundespräsident könnte wegen Verfassungsbruchs auch nicht mehr vom Bundesrat verklagt werden

Darf der Steinmeyer als Bundespräsident also über ein solches Gesetz entscheiden, das ihn und den Euro-Faschismus begünstigt?

Der Bundespräsident

Artikel 54

[Wahl – Amtsdauer]

(1) Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage b

Artikel 61

[Anklage vor dem Bundesverfassungsgericht]

(1) Der Bundestag oder der Bundesrat können den Bundespräsidenten wegen vorsätzlicher Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Bundesgesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht anklagen. Der Antrag auf Erhebung der Anklage muss von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Bundestages oder einem Viertel der Stimmen des Bundesrates gestellt werden. Der Beschluss auf Erhebung der Anklage bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages oder von zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates. Die Anklage wird von einem Beauftragten der anklagenden Körperschaft vertreten.

(2) Stellt das Bundesverfassungsgericht fest, dass der Bundespräsident einer vorsätzlichen Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Bundesgesetzes schuldig ist, so kann es ihn des Amtes für verlustig erklären. Durch einstweilige Anordnung kann es nach der Erhebung der Anklage bestimmen, dass

An Gesetzgebung und ihrer Verhinderung ist der Bundesrat dann auch nicht mehr beteiligt.

Artikel 77

[Gang der Gesetzgebung – Vermittlungsausschuss]

(1) Die Bundesgesetze werden vom Bundestage beschlossen. Sie sind nach ihrer Annahme durch den Präsidenten des Bundestages unverzüglich dem Bundesrate zuzuleiten.

(2) Der Bundesrat kann binnen drei Wochen nach Eingang des Gesetzesbeschlusses verlangen, dass ein aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates für die gemeinsame Beratung von Vorlagen gebildeter Ausschuss einberufen wird. Die Zusammensetzung und das Verfahren dieses

Ausschusses regelt eine Geschäftsordnung, die vom Bundestag beschlossen wird und der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Die in diesen Ausschuss entsandten Mitglieder des Bundesrates sind nicht an Weisungen gebunden. Ist zu einem Gesetze die Zustimmung des Bundesrates erforderlich, so können auch der Bundestag und die Bundesregierung die Einberufung verlangen. Schlägt der Ausschuss eine Änderung des Gesetzesbeschlusses vor, so hat der Bundestag erneut Beschluss zu fassen.

(2a) Soweit zu einem Gesetz die Zustimmung des Bundesrates erforderlich ist, hat der Bundesrat, wenn ein Verlangen nach Absatz 2 Satz 1 nicht gestellt oder das Vermittlungsverfahren ohne einen Vorschlag zur Änderung des Gesetzesbeschlusses beendet ist, in angemessener Frist über die Zustimmung Beschluss zu fassen.

(3) Soweit zu einem Gesetze die Zustimmung des Bundesrates nicht erforderlich ist, kann der Bundesrat, wenn das Verfahren nach Absatz 2 beendet ist, gegen ein vom Bundestage beschlossenes Gesetz binnen zwei

Wochen Einspruch einlegen. Die Einspruchsfrist beginnt im Falle des Absatzes 2 letzter Satz mit dem Eingange des vom Bundestage erneut gefassten Beschlusses, in allen anderen Fällen mit dem Eingange der Mitteilung des Vorsitzenden des in Absatz 2 vorgesehenen Ausschusses, dass das Verfahren vor dem Ausschusse abgeschlossen ist.

(4) Wird der Einspruch mit der Mehrheit der Stimmen des Bundesrates beschlossen, so kann er durch Beschluss der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages zurückgewiesen werden. Hat der Bundesrat den Einspruch mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln seiner Stimmen beschlossen,

VII. Die Gesetzgebung des Bundes

48 so bedarf die Zurückweisung durch den Bundestag einer Mehrheit von zwei Dritteln, mindestens der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages.

Artikel 78

[Zu-Stande-Kommen der Gesetze]

Ein vom Bundestage beschlossenes Gesetz kommt zustande, wenn der Bundesrat zustimmt, den Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 nicht stellt, innerhalb der Frist des Artikels 77 Abs. 3 keinen Einspruch einlegt oder ihn zurücknimmt oder wenn der Einspruch vom Bundestage überstimmt wird.

Artikel 79

[Änderung des Grundgesetzes]

(1) Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt. Bei völkerrechtlichen Verträgen, die eine Friedensregelung, die Vorbereitung einer Friedensregelung oder den Abbau einer besatzungsrechtlichen Ordnung zum Gegenstand haben oder der Verteidigung der Bundesrepublik zu dienen bestimmt sind, genügt zur Klarstellung, dass die Bestimmungen des Grundgesetzes dem Abschluss und dem Inkraftsetzen der Verträge nicht entgegenstehen, eine Ergänzung des Wortlautes des Grundgesetzes, die sich auf diese Klarstellung beschränkt.

(2) Ein solches Gesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates.

(3) Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.

Artikel 80

[Erlass von Rechtsverordnungen]

(1) Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung im Gesetze bestimmt werden. Die Rechtsgrundlage ist in der Verordnung anzugeben. Ist durch Gesetz vorgesehen, dass eine Ermächtigung weiter übertragen werden kann, so bedarf es zur Übertragung der Ermächtigung einer Rechtsverordnung.

Da 2012 mit dem Lissabon-Vertrag die Grundrechte des Grundgesetzes abgeschafft wurden und nur noch die Charta der Grundrechte anerkannt wird, was nicht einmal heißt, dass sie gilt und eingeklagt werden kann, gehe ich davon aus, dass man uns auch lieber nicht erzählen will, dass das Wahlrecht abgeschafft wurde, was Merkel, wenn diese Gesetzesabschaffung endlich greift, zur ewigen Kanzler- und Kaiserschaft verhelfen würde. Deswegen kommt es jetzt für sie darauf an, Kanzlerin zu werden und für uns darauf, dass sie es nicht wird.

Wird sie es, ist für uns alles zu spät.

Im Grundgesetz steht das Wahlrecht zwar unter Artikel 38 und ist mit dem Lissabon-Vertrag damit nicht als Grundrecht abgeschafft, aber im ganzen Lissabon-Vertrag findet sich kein einziger Hinweis darauf, dass die europäischen Bürger nach Lissabon ein Wahlrecht, das in GG ein grundrechtsgleiches Recht ist wie das Recht auf Gehör in der Justiz (Art 103 GG), haben.

Die *Charta der Grundrechte* reiche ich als PDF, die ich aus dem Internet habe, mit: auch da steht nichts von Wahlrecht.

Hier der Brückenparagraf aus dem Lissabon-Vertrag:

Artikel 6 des Lissabon-Vertrags

(ex-Artikel 6 EUV)

(1)

Die Union erkennt die Rechte, Freiheiten und Grundsätze an, die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 7. Dezember 2000 in der am 12. Dezember 2007 in Straßburg angepassten Fassung niedergelegt sind; die Charta der Grundrechte und die Verträge sind rechtlich gleichrangig.

Durch die Bestimmungen der Charta werden die in den Verträgen festgelegten Zuständigkeiten der Union in keiner Weise erweitert.

Die in der Charta niedergelegten Rechte, Freiheiten und Grundsätze werden gemäß den allgemeinen Bestimmungen des Titels VII der Charta, der ihre Auslegung und Anwendung regelt, und unter gebührender Berücksichtigung der in der Charta angeführten Erläuterungen, in denen die Quellen dieser Bestimmungen angegeben sind, ausgelegt.

(2) Die Union tritt der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten bei. Dieser Beitritt ändert nicht die in den Verträgen festgelegten Zuständigkeiten der Union.

(3)

Die Grundrechte, wie sie in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten ergeben, sind als allgemeine Grundsätze Teil des Unionsrechts.

Montag, den 15.01.2018, geht es weiter.

Da kläre ich dann auch auf, was es mit dem „Uhrwerk“ und der reibungslos funktionierenden Gesellschaft auf sich hat.

Es geht um ein zentrales Prinzip des Konfuzianismus, das die chinesische Gesellschaft über Jahrhunderte geprägt hat. Und um Nordkorea.

Mittwoch, den 10.01.2018, www.pflocksblock.de